

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird beschlossen (37:00:00).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.02.2022

Die Niederschrift wird genehmigt. (34:00:03)

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende wesentliche Angelegenheiten:

- Am 21. Februar 2022 hat die Jüdische Gemeinde zum Richtfest der Synagoge, die künftig den Namen „Kurt-Weill-Synagoge“ tragen soll, eingeladen. Die Stadt Dessau-Roßlau unterstützt das Vorhaben im großen Umfang.
- Am 22. Februar 2022 fand im Ortschaftsrat Waldersee die Ernennung von Herrn Herbst zum Ortsbürgermeister statt.
- Am 28. Februar wurde eine Kooperationsvereinbarung mit der Hochschule Anhalt zum Projekt „Smartes Gründen im ländlichen Raum“ geschlossen. Es geht um die Unterstützung von jungen Menschen, die sich selbständig machen wollen.
- Am 2. März 2022 stimmten die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Sport sowie des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus der Vermietung und Nutzungsüberlassung der Marienkirche an Herrn Hallervorden zu. Herr Hallervorden beabsichtigt im September 2022 die Aufnahme des Spielbetriebes.
- Am 6. März 2022 wurde der diesjährige Moses-Mendelssohn-Preis im Anhaltischen Theater an Frau Professorin Dr. Grazyna Jurewicz verliehen.

Aus dem Sozialdezernat gibt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** abschließend bekannt, dass 9 Luftfilter in den Schulen (Rodleben, Lernbehindertenschule, Philanthropinum, Gemeinschaftsschule Zoberberg) zum Einsatz kommen.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, zur Sitzung. (38)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass in der letzten Sitzung des Stadtrates keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass im zurückliegenden Zeitpunkt keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Der **Stadtratsvorsitzender, Herr Rumpf**, erläutert die allgemeine Verfahrensweise zur Einwohnerfragestunde.

Die Bürgerin **Frau Münch**, Mitglied des Ortschaftsrates in Roßlau sowie im Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgende Fragen: Wie verhält sich der Stadtrat bei Beleidigungen oder homophoben Äußerungen, wie äußert sich der Stadtrat demnächst zu so etwas und welche Konsequenzen sind angedacht, um solche Äußerungen zu vermeiden? Der Grund ihrer Fragen ist die Äußerung von Herrn Stadtrat Michael Frisch im Ausschuss für Finanzen.

Herr Rumpf, Stadtratsvorsitzender, zitiert diesbezüglich den § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse: „Verstößt ein Mitglied des Stadtrates gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung oder verletzt es die Würde der Versammlung oder äußert es sich ungebührlich, so kann es vom Vorsitzenden unter Nennung des Namens „zur Ordnung“ gerufen werden. Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind vom Vorsitzenden zu rügen. Ist ein Mitglied in derselben Sitzung dreimal zur Ordnung gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes hingewiesen worden, so kann ihm der Vorsitzende das Wort entziehen. Entsprechendes gilt, wenn ein Mitglied vom Verhandlungsgegenstand abschweift und vom Vorsitzenden „zur Sache“ gerufen wurde. Ist einem Mitglied des Stadtrates das Wort entzogen, so darf es zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr sprechen.“ Jeder Vorsitzende des Gremiums ist für die Einhaltung dieser Regularien zuständig.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erfragt aufgrund der Kritik von Herrn Minhel im Mitteldeutschen Rundfunk dass die Stadt Dessau-Roßlau derzeit keinen Ausländerbeauftragten beschäftigt, den aktuellen Sachstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass die Stadtverwaltung über einen ehrenamtlichen Integrationskoordinator sowie über ein Amt für Integration und Soziales verfügt. Er bestätigt einen engen Austausch mit dem Multikulturellen Zentrum. Bei einem bestehenden Handlungsbedarf ist die Verwaltung gesprächsbereit.

Nach der Aufforderungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck führt **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, aus, dass die Stelle des Ausländerbeauftragten noch nie in seinem Dezernat angesiedelt war. Zu der Frage, warum keine Stellenneubesetzung erfolgte, kann er deshalb keine Aussagen treffen. Derzeit arbeitet das Dezernat, im Auftrag des Oberbürgermeisters, an eine Satzung.

Herr Focke, Fraktion CDU, informiert über die Festwoche in Mosigkau, welche vom 28.05.2022 bis zum 05.06.2022 stattfindet. Er lädt den Oberbürgermeister, die Stadträte sowie alle Gäste des Sitzungssaales dazu ein. Folgende Jubiläen werden zelebriert: 750 Jahre Mosigkau, 140 Jahre Freiwillige Feuerwehr, 70 Jahre Eingemeindung, 25 Jahre Naturbad Mosigkau und das 10-jährige Bestehen der Kindertageseinrichtung. Bereits am 21.01.2022 hatte der Ortschaftsrat Mosigkau den Oberbürgermeister per E-Mail zu diesem Event eingeladen und ihm die Schirmherrschaft angeboten, aber bis dato keine Antwort erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bedankt sich für die erneute Einladung und sichert sein Teilnahme zu.

Herr Frank Frisch, Fraktion AfD, richtet deutliche Worte in Richtung der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste und kritisiert, dass der Verwaltung bezüglich des Kristallpalastes vorgeworfen wird, dass sie Arbeitsverweigerung betreibt bzw. keine Ahnung hat. Daraufhin spricht er die Vorlage der obengenannten Fraktion, welche im Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt behandelt wurde, an und zitiert aus dieser: „Die zukünftige Nutzung als Altersheim leistet keinen Beitrag zur Innenstadtbelebung und zur gewünschten Entwicklung der Zerbster Straße.“ Für Ihn stellt diese Aussage eine Altersdiskriminierung dar. Er hat sich mit dem Seniorenbeirat sowie mit dem Sozialverband in Verbindung gesetzt und die Vorlage zur Kenntnis weitergeleitet.

Nach einer namentlichen Verwechslung von Herrn Stadtrat Fackiner weist der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, darauf hin, dass Herr Stadtrat Frank Frisch anwesend und Herr Stadtrat Michael Frisch entschuldigt ist.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, geht auf die vorangegangenen Äußerungen von Herrn Stadtrat Frisch ein und distanziert sich von den Aussagen. Es ist eine bössartige Unterstellung, dass die Fraktion die Senioren nicht in der Innenstadt ansiedeln will. Sie halten lediglich die Bedingungen vor Ort für ungünstig.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt die Frage, wann Herr Hallervorden den Vertragsentwurf zur Stellungnahme erhält. Er informiert, dass vor ca. 3 Wochen eine außerordentliche nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport stattgefunden hat. Dort wurden die Rahmenbedingungen für eine entsprechende Vertragsgestaltung für das Mitteldeutsche Theater festgelegt. Aus seiner Sicht bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Vorbereitungen für dieses Projekt vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass der Vertragsentwurf bis zum Ende der Woche bei Herrn Hallervorden eingehen wird. Momentan werden die letzten Abstimmungen getroffen. Anfang nächster Woche wird es eventuell ein Treffen mit Herrn Hallervorden geben, wo ggf. Einzelheiten abgesprochen werden.

Herr Stadtratsvorsitzende Rumpf weist auf das aktuelle vorliegende Hygienekonzept hin.

Herr Fricke, Fraktion SPD, geht auf die Anfrage der Bürgerin in der Einwohnerfragestunde ein. Für ihn reicht es nicht aus, diese Anfrage mit einer gesetzlichen Formalie zu beantworten. Vielmehr sollten sich die Stadträte öffentlich dazu positionieren.

Herr Stadtrat Fricke, Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, Herr Brozowski, Fraktion Die Linke, Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, Herr Adamek, Fraktion CDU, sowie **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, distanzieren sich von der im Finanzausschuss getätigten Aussage von Herrn Michael Frisch. Sie äußern, dass die Menschenrechte zu achten sind und dass das Fundament im Umgang miteinander aus den Säulen der Toleranz, des Respekts und des Anstandes bestehen muss.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bezieht sich auf den Umgangston der Stadträte in den Gremiensitzungen und bittet um Besserung. Daraufhin fordert **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dass die selbstgegebenen Regeln im Umgang miteinander eingehalten werden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, erläutert, dass es eine Vereinigung der Homosexuellen auch in der AfD gibt. Er drückt deutlich aus, dass die Fraktion sowie er persönlich, nichts gegen Homosexuelle haben. Herr Michael Frisch hat seine persönliche Meinung, die auch er, Herr Mrosek, teilt, zur Veranstaltung des Christopher Street Days dargelegt. Zum Schutz der Kinder gehört diese Veranstaltung nicht nach Dessau. Herr Michael Frisch hat niemanden persönlich angreifen wollen und nichts von den sexuellen Neigungen des Stadtratsmitgliedes gewusst.

Weiterhin thematisiert **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, den Wullenbachgraben. Mit den Fraktionsvorsitzenden, oder den Verantwortlichen aus den jeweiligen Fraktionen, sollte im April eine Vor-Ort-Begehung durchgeführt werden. Er bittet das Tiefbauamt um eine Terminabsprache zur Durchführung der Begehung. Im nächsten Amtsblatt sollte der Termin für die Bürger und die Einwohner von Mosigkau veröffentlicht werden.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwidert, dass in den bisher zugestellten Antwortschreiben an Herrn Mrosek die Bereitschaft zur Terminvereinbarung mehrfach verdeutlicht wurde. Selbstverständlich kann ein Termin zur Begehung vereinbart werden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bittet um Prüfung bzw. Ermittlung der Kosten für den gesamten kostenlosen ÖPNV im Stadtgebiet. Momentan findet die Analyse des Projektes für die Schüler statt. Er geht weiterhin auf die Geschehnisse des letzten Wochenendes ein und thematisiert die Ankunft der ersten ukrainischen Flüchtlinge. Er bedankt sich bei Herrn Beigeordneten Krause und Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, stellvertretend für alle, die vor Ort alles koordiniert haben. Ein weiterer Dank geht an die freiwilligen Unterstützer, u. a. an das DRK, an die Feuerwehr und an das Städtische Klinikum. Er ruft dazu auf, in dieser aktuellen Situation zusammenzuhalten und die Herzlichkeit zu bewahren.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Bürgerliste-Neues Forum, und Herr Mrosek, Fraktion AfD, zur Sitzung. (40)

7 Beschlussfassungen

7.1 Einrichtung einer Findungskommission für die Besetzung der Beigeordnetenstellen Vorlage: BV/057/2022/I-OB

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert die eingereichte Beschlussvorlage und bemerkt, dass die Findungskommission kein formaler Ausschuss ist, weshalb die dafür geltenden Regelungen nicht stattfinden. Es wird aber einen ordnungsgemäßen Ablauf der Kommissionssitzungen geben, an denen auch nicht benannte Stadträtinnen und Stadträte teilnehmen können. Das Ziel der Einrichtung einer Findungskommission ist, die in der Stadtverwaltung eingegangenen Bewerbungsunterlagen zu sichten, sich daraus ergebende Bewerbungsgespräche zu führen und die Entscheidung für den Stadtrat vorzubereiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt die Aufnahme folgender Änderungen:

Im Punkt 2 soll nach der Aufzählung der Mitglieder eingefügt werden: „**oder ein vom jeweiligen Mitglied benannter Vertreter**“ und „**Die Vertreter werden von den Mitgliedern der Findungskommission in deren 1. Sitzung benannt.**“

Der Punkt 6 soll um den Satz ergänzt werden: „**Die Findungskommission darf Vorstellungsgespräche mit den Bewerbern führen.**“

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, begrüßt, dass Vertreter benannt werden können. Er bittet jedoch darum, auf die Formulierung zu verzichten, dass das in der ersten Sitzung festgelegt werden soll. Aufgrund des Arbeitsaufwandes im Ehrenamt sollte die Variante, jemanden teilnehmen zu lassen, der fachlich für den Bereich geeignet ist, möglich sein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der 2. Satz zurückgezogen wird. Wichtig ist die Benennung von Vertretern. Er bittet aber darum, dass für eine Beigeordnetenstelle immer eine Person kontinuierlich anwesend ist, damit, wenn sich mehrere Personen vorstellen, auch die gleiche Person eine Einschätzung vornehmen kann.

Auf Grund der Bitte von **Herrn Mrosek, Fraktion AfD**, die Punkte 3 und 4 der Beschlussvorlage „Für die Sitzungen der Findungskommissionen gilt nicht das vom Stadtrat beschlossene Hygienekonzept“ und „Für die Sitzungen der Findungskommission gilt nicht die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse“ näher zu erläutern, legt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** dar, dass im Hygienekonzept, mit Ausnahme von Stadtratssitzungen, digitale Sitzungen festgelegt sind. Es ist aber praktikabler, Vorstellungsgespräche mit Bewerberinnen und Bewerber in Präsenzveranstaltungen zu führen. Im Punkt 4 geht es darum, möglicherweise eine Ladungsfrist oder Ähnliches anders gestalten zu können, als in der Geschäftsordnung festgeschrieben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legt dar, dass die Liste mit den Bewerberinnen und Bewerbern bezüglich der Abwägung zur Erfüllung der Zugangsbedingungen umgehend vorgelegt werden muss. Die Durchführung von Präsenzsitzungen ist unabdingbar, ebenfalls die Kontinuität bei der Mitwirkung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung einer Findungskommission zur Vorbereitung der Wahl der Beigeordneten.
2. Mitglieder der Findungskommission sind die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses wie folgt:
Oberbürgermeister Dr. Robert Reck
Fraktion CDU: Eiko Adamek, Florian Kellner
Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste: Guido Fackiner, Silvia Koschig
Fraktion AFD: Andreas Mrosek
Fraktion DIE LINKE: Ralf Schönemann
Fraktion SPD: Michael Fricke
Fraktion PRO Dessau-Roßlau: Thomas Picek
Fraktion Frei Fraktion Dessau-Roßlau: Hans-Peter Dreibrodt

oder ein vom jeweiligen Mitglied benannter Vertreter.

Die Findungskommission wird vom Oberbürgermeister geleitet.

Die Mitglieder der Findungskommission haben sicherzustellen, dass sie sämtliche Termine wahrnehmen können

3. Für die Sitzungen der Findungskommission gilt nicht das vom Stadtrat beschlossene Hygienekonzept.
4. Für die Sitzungen der Findungskommission gilt nicht die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse.
5. Jeder Stadtrat ist berechtigt, an den Sitzungen der Findungskommission teilzunehmen.
6. Aufgabe der Findungskommission ist es, eine Liste mit den Bewerbern zu erstellen, welche die persönlichen und fachlichen Anforderungen der jeweiligen Stellenausschreibungen erfüllen. Darüber hinaus wird die Findungskommission aus diesen Bewerbern Empfehlungen für den Stadtrat erarbeiten. **Die Findungskommission darf Vorstellungsgespräche mit den Bewerbern führen.**

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.2 Änderung der Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertreter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen
Vorlage: BV/023/2022/II-20BTM

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, spricht sich gegen die Entschädigungsleitlinie aus, da bisher das Sitzungsgeld und die Aufwandspauschale gezahlt wurden. Das Sitzungsgeld ist nach dem Einkommenssteuergesetz steuerfrei und die Aufwandspauschale wird erst ab einem Betrag von 720,00 € steuerpflichtig. Die Erhöhung der Pauschale hat zur Folge, dass mehr Einkommenssteuer zu zahlen ist. Die Umsatzsteuer war bei der Aufnahme der Tätigkeit schon ein Thema. Deshalb wurde jeder gefragt, ob er Unternehmer ist, oder nicht. Diese Antwort liegt aktenkundig in den Unternehmen vor. Sie weiß nicht, warum die Pauschalen jetzt erhöht und die steuerfreien Sitzungsgelder weggenommen werden.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erwidert, dass seit vorigem Jahr die Sitzungsgelder umsatzsteuerpflichtig sind. Jedes Mitglied im Aufsichtsrat muss deshalb eine extra Steuererklärung zur Umsatzsteuer machen.

Auf Bitten von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, eine Position zu dem von Frau Ehlert Vorgetragenen zu beziehen, beantragt Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen das **Rederecht für Frau Ziegler**, Abl. Haushalt und Rechnungswesen. **Frau Ziegler** legt dar, dass das Sitzungsgeld jetzt tatsächlich die Umsatzsteuerpflicht nach sich zieht. Jedes Aufsichtsratsmitglied, das diese Aufwandsentschädigung erhält, müsste also eine Umsatzsteuererklärung abgeben. Aufgrund dieses Aufwandes kam aus den Reihen der Stadträte die Bitte zur Änderung der Entschädigungsleitlinie, das Sitzungsgeld abzuschaffen und eine pauschale Entschädigung einzuführen, was umgesetzt wurde.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, weist auf eine Ungleichbehandlung hin. Es wurden 4 Sitzungen für alle Aufsichtsräte zugrunde gelegt. Es kann aber nicht vorausgesagt werden, wie viele Sitzungen im Jahr tatsächlich stattfinden, da Aufsichtsräte teilweise 8-mal im Jahr getagt haben und andere nur 4-mal. Es muss auch bedacht werden, dass, wenn etwas im Unternehmen schief geht, der Aufsichtsrat die Verantwortung trägt. Da keine Eile zur Beschlussfassung besteht, sollte sich der Haupt- und Personalausschuss, auch mit den Ungleichheiten bei den Kategorien, noch einmal damit beschäftigen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sieht seine Frage nicht beantwortet. Frau Ehlert hat deutlich gemacht, dass mit der jetzigen Regelung für die ehrenamtliche Arbeit eine Schlechterstellung zugunsten von mehr Steuern eintritt. Er stellt die Frage, ob das so ist oder nicht.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärt, dass auf das Sitzungsgeld, welches bisher umsatzsteuerfrei war, jetzt eine Umsatzsteuer anfällt. Wenn das mit dieser Änderung nicht geändert wird, kommt diese zusätzliche Steuer auf die Aufsichtsratsmitglieder zu und es muss eine zweite Steuererklärung gemacht werden.

Frau Ziegler, Abl. Haushalt und Rechnungswesen, ergänzt, dass der Auftrag zur Änderung der Entschädigungsleitlinie aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses an die Verwaltung herangetragen wurde. Der Fakt bleibt, dass rückwirkend zum 01.01.2022 die Änderung zur Umsatzsteuer gilt. Deshalb war die Forderung, das umgehend zu ändern und solange die Zahlung der Aufsichtsratsentschädigung auszusetzen. Im Nachgang der heutigen Stadtratssitzung wären dann auch die Beschlüsse in den einzelnen Aufsichtsräten notwendig, um das für die einzelnen Unternehmen umzusetzen. Wenn das jetzt zurückgezogen wird, ist es so, dass alle Aufsichtsratsmitglieder die Umsatzsteuererklärung abgeben müssen, auch die, die im Moment noch nicht als Unternehmer tätig sind.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt den **Geschäftsordnungsantrag zur Überweisung der Vorlage an den Haupt- und Personalausschuss**.

Herr Fricke, Fraktion SPD, führt aus, dass ihm bisher nicht bekannt war, dass das Sitzungsgeld einkommenssteuerfrei ist. Es sollte vermieden werden, dass alle Stadträte jetzt nicht nur eine Umsatzsteuererklärung abgeben müssen, sondern auch Umsatzsteuervoranmeldungen, welche vierteljährlich erfolgen müssen, sofern keine sonstigen umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen vorhanden sind. Er schließt sich dem Antrag auf Verweisung an den Haupt- und Personalausschuss an und bittet um Prüfung, ob die Zahlungen vorerst ausgesetzt werden können.

Die Beschlussvorlage wird an den **Haupt- und Personalausschuss verwiesen** (33:00:07).

7.3 Unternehmensangelegenheiten Neufassung der Gesellschaftsverträge der DVV und der dem Konzern zugehörigen Tochterunternehmen Vorlage: BV/017/2022/II-20BTM

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, legt dar, dass die Beschlussvorlage auch eine schwerwiegende Korrektur des Unternehmensgegenstandes beinhaltet. Der heute erschienene MZ-Artikel „DVV schielen auf Betongold“ beschreibt, dass die Stadtwerke in das Immobiliengeschäft einsteigen wollen. Die Fraktion wird dieser Neuerung nicht zustimmen, weil das der DWG, der größten und am meisten geplagten Dessauer Wohnungsbaugesellschaft, schaden wird. Deshalb sollte die DVV ihre gebunkenen Millionen als Teil der kommunalen Familie besser an die DWG geben, die das Geld zum Wohle aller Mieter einsetzen können, oder die DVV senkt ihre Preise, denn heute wurde die nächste drastische Preiserhöhung angekündigt.

Er stellt den **Änderungsantrag**, die grün markierte Passage auf der Seite 62 der Sitzungsunterlagen bzw. auf der Seite 2 der Anlage 1, die der DVV den Einstieg in das Immobiliengeschäft gestattet, ersatzlos zu streichen.

Weiterhin bemerkt **Herr Dreibrodt, Freie Fraktion**, dass die Änderung der Gesellschafterverträge der DVV, einschließlich aller Tochterunternehmen, für die Richtigstellung des Stadtnamens genutzt werden sollte. Alle 9 Firmen tragen den Namen Dessau, obwohl die Doppelstadt Dessau-Roßlau schon 1 ½ Jahrzehnte existiert.

Er stellt den **Änderungsantrag**: „Die DVV und ihre Tochterunternehmen tragen ab dem Jahr 2023 in der Firmenbezeichnung den Namen der Doppelstadt: Dessau-Roßlau.“

Herr Mrosek, Fraktion AfD, gibt die Zustimmung seiner Fraktion zur Beschlussvorlage bekannt. Die DVV sind in der Lage, städtebauliche Missstände zu beseitigen. Es geht nicht darum, dass die DWG, oder die anderen Wohnungsgesellschaften, kaputt gemacht werden. Zwar hat der Mieterbund Bedenken angemeldet, aber die Wohnungsvereine sehen keine Konkurrenz in der DVV.

Herr Schönemann, Fraktion die Linke, erklärt seine Erleichterung, dass die DVV im Zwist zwischen Mitgliedern der städtischen Familie versucht, zu schlichten und die Kräfte in die richtige Richtung zu leiten. In der Stadt gibt es strategische Partner, wozu die Genossenschaften und die städtischen Betriebe zählen. Es wurde 2004 nicht ohne Grund ein Bürgerentscheid zur Beibehaltung des kommunalen Eigentums der Stadtwerke auf den Weg gebracht. Die Bevölkerung hat entschieden, dass die Wertschöpfung in Dessau bleibt. Er unterstützt ausdrücklich diese Beschlussvorlage.

Herr Tschammer, Fraktion SPD, verweist darauf, dass er als Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke Dessau einschätzen kann, dass diese sehr rationell arbeiten und die Mannschaft, angefangen bei der Geschäftsführung, extrem fleißig ist und sich auf die Marktbedingungen einstellen. Die Ausführungen von Herrn Dreibrodt entbehren jeder Grundlage. In der MZ ist richtig dargestellt worden, dass die Wohnungsunternehmen im Grunde die Sache begrüßen. Der Mieterbund setzt sich für die Mieter ein und versucht zu verhindern, dass Mieter schlechter gestellt sind. Die Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen.

Die Beschlussvorlage hat nichts damit zu tun, ob die Stadtwerke oder die DVV in das Immobiliengeschäft einsteigen, da sie bereits Immobilien in ihrem Eigentum haben, erklärt **Herr Adamek, Fraktion CDU**. Der Antrag zur Bezeichnung der DVV und ihrer Tochterunternehmen in Dessau-Roßlau hat ebenfalls nichts mit dem Beschluss zu tun, da es um Gesellschafterverträge und nicht um die Benennung von eigenen Unternehmen geht.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erklärt, dass die Fraktion den Antrag auf Namensänderung ablehnt. Zur Frage des Immobiliengeschäftes verweist er auf den im Haupt- und Personalausschuss seitens seiner Fraktion eingereichten Änderungsantrag, der mit dem heute eingereichten Änderungsantrag der Freien Fraktion identisch ist. Da sich jedoch abgezeichnet hat, dass dieser nicht mehrheitsfähig ist, hat er diesen zurückgezogen, auch weil er nicht sieht, dass die DVV ein Immobilienmogul in Dessau-Roßlau wird. Die angestrebte strategische und praktische Zusammenarbeit zwischen den Töchtern, auch unter Einbeziehung der Genossenschaften, ist zu begrüßen. Gleichwohl sieht er das nach wie vor kritisch, da es irgendwann auch zu Lasten der DWG gehen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bringt seine Erschütterung über die Art und Weise wie Herr Dreibrodt über die Stadtwerke spricht, zum Ausdruck. Wenn die Stadtwerke, so, wie von Herrn Dreibrodt dargestellt, wären, würde die Stadt keine Kulturförderung und keine Sportförderung erfahren und hätte auch deutlich weniger wirtschaftliche Stärke. Die Stadtwerke müssen auch Gewinne erwirtschaften, denn sie müssen reinvestieren, damit die Infrastruktur aufrechterhalten werden kann. Die Beschlussvorlage dient dazu, die Stärke der kommunalen Familie zu nutzen und die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Der **Änderungsantrag** „Die DVV und ihre Tochterunternehmen tragen ab dem Jahr 2023 in der Firmenbezeichnung den Namen der Doppelstadt Dessau-Roßlau“ wird **abgelehnt**. (03:32:05)

Der **Änderungsantrag** „Die grün markierte Passage auf der Seite 62 der Sitzungsunterlagen bzw. der Seite 2 der Anlage 1, welche der DVV den Einstieg ins Immobiliengeschäft gestattet, ist ersatzlos zu streichen“ wird **abgelehnt**. (02:36:02)

Beschluss:

1. Die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH –DVV- Stadtwerke (im folgenden DVV) wird beschlossen (Anlage 2).
2. Weiterhin wird beschlossen, die DVV zur Änderung der Gesellschaftsverträge der
 - Dessauer Stromversorgung GmbH (DSV) (Anlage 3)
 - Gasversorgung Dessau GmbH (GVD) (Anlage 4)
 - Fernwärmeversorgung Dessau GmbH (FWV) (Anlage 5)
 - Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA) Anlage 6)
 - Dessauer Verkehrs GmbH (DVG) (Anlage 7)
 - Dessauer Verkehrs- und Eisenbahngesellschaft mbH (DVE) (Anlage 8)
 - Flugplatz Dessau GmbH (FPD) (Anlage 9)
 - Daten- und Telekommunikations-GmbH Dessau (DATEL) (Anlage 10)zu ermächtigen.

Abstimmungsergebnis: 36:02:02

In der Zeit von 17:35 Uhr bis um 17:50 Uhr wird eine Pause durchgeführt.

7.4 Maßnahmebeschluss zur IT-Prioritätenliste 2022 **Vorlage: BV/024/2022/II-11**

Beschluss:

Die IT-Prioritätenliste 2022 gemäß Anlage 2 wird bestätigt. Gemäß Genehmigung HH-Ansatz in Höhe von 975.400 € ist diese Liste entsprechend der Prioritäten umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.5 Novellierung des Maßnahmebeschlusses
Teilsanierung der integrativen Kindertageseinrichtung "Buratino",
Kreisstraße 72, 06862 Dessau-Roßlau, OT Meinsdorf,
im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 - 2020"
Vorlage: BV/489/2021/III-65**

Beschluss:

1. Der Gesamtausgabebedarf für die Sanierung erhöht sich von 1.977.100,00 Euro (brutto) auf 2.419.530,00 Euro (brutto). Die Erhöhung beträgt damit **442.430,00 Euro**.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.6 Bestätigung überplanmäßiger Auszahlung
STARK III plus EFRE - Grundschule „Tempelhofer Straße“
Vorlage: BV/042/2022/III-65**

Beschluss:

Die Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 1.278.600,00 € brutto wird beschlossen. Der Finanzausschuss wird über die Bestätigung der überplanmäßigen Auszahlung STARK III plus EFRE - Grundschule „Tempelhofer Straße“ informiert.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.7 Weiterführung der Schulsozialarbeit
Vorlage: BV/030/2022/JHA**

Auf die Frage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, ob es richtig ist, dass die Landesregierung den Teil, den sie finanziert, aussetzen will, erwidert **Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues-Forum-Bürgerliste**, dass das Land 20% Eigenanteil an dieser Förderung erhebt. Um den Status quo zu erhalten, ist diese Beschlussvorlage gegeben. Die Beschlussvorlage dient also zur Absicherung falls das Land diese 20 % minimiert.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, den Status Quo der Schulsozialarbeit in Dessau-Roßlau in der derzeitigen Größenordnung von 21,2 VbE zu erhalten und dafür zusätzliche Mittel in Höhe von 210.000 € zur Verfügung zu stellen.
2. Es wird beschlossen, die zusätzliche Finanzierung für den Zeitraum August – Dezember 2022, aus den unbesetzten Stellen des Jugendamtes sicher zu stellen, sowie für die folgenden Haushaltsjahre, die Finanzierung im jeweiligen Haushaltsjahr zu berücksichtigen.
- 3.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.8 Grundsatzbeschluss Zusammenführung der Stadtverwaltung in der Dessauer Innenstadt Vorlage: FV/018/2021/StR

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erklärt, dass über die (nach Beschlusslage des Ortschaftsrates Roßlau) überarbeitete Beschlussvorlage abgestimmt werden soll. Die Endfassung der Beschlussvorlage wurde im SessionNet eingestellt und trägt den Titel: „Zusammenführung der Stadtverwaltung in der Dessauer Innenstadt.“

Die von vier Fraktionen eingereichte Beschlussvorlage hat das Anliegen, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Kernverwaltung in der Dessauer Innenstadt zusammengeführt wird, erläutert **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**. Der Standort Rathaus Roßlau als Servicestelle soll erhalten werden. Auch wenn keine gemeinsame Position gefunden werden konnte, dankt er dem Ortschaftsrat Roßlau für die Gespräche. Das Land überlegt, die großflächige Ausweisung von Wohngebieten, nicht nur in den Grundzentren, sondern auch in den kleineren Orten, zuzulassen, um mit Leipzig und Halle konkurrieren zu können. Die Stadt Dessau-Roßlau hat die Perspektive als Wohnstandort. Wenn Leute zum Arbeiten hier angesiedelt werden sollen und wenn die Stadt attraktiv für Pendler sein soll, ist eine belebte Innenstadt das entscheidende Kriterium. Um Fördermittel aufnehmen zu können, müssen handhabbare Projekte entstehen. Für dieses Vorhaben ist das der Schritt, um den Impuls auszulösen.

Frau Müller, CDU-Fraktion, verweist als **Ortsbürgermeisterin von Roßlau**, darauf, dass die Beschlussvorlage mit 2 Änderungsanträgen vom Ortschaftsrat Roßlau am 24.02.2022 beschlossen wurde, was den Stadträtinnen und Stadträten als Auszug aus der Niederschrift des Ortschaftsrates Roßlau vorliegt. Die Vorlage zum Umzug des Technischen Rathauses in die Dessauer Innenstadt konnte in der zuerst vorgelegten Fassung nicht akzeptiert werden und wurde von den Roßlauern mit gravierenden Änderungen bedacht. Die vom Ortschaftsrat beschlossenen Änderungen machen aus dem von den Fraktionen Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, Die Linke, CDU und SPD vorgelegten Grundsatzbeschluss einen Prüfauftrag an die Verwaltung. Die Beschlussvorlage ist weder funktional noch ökonomisch untersetzt. Deshalb fordert der Ortschaftsrat Roßlau, dass eine Entscheidung erst dann gefällt wird, wenn seitens der Verwaltung eine Studie mit belastbaren Fakten zu den Kosten und Nutzen, zum Umzug der Ämter und zur Nachnutzung der städtischen Immobilien im Garnisonsgelände vorliegt. Zu Bedenken ist, dass die Gebäude des Technischen Rathauses immer schon als Verwaltungskomplex genutzt wurden. Nach 1994 fand für rund 15 Mio. DM eine aufwendige Modernisierung für die Kreisverwaltung Anhalt-Zerbst, Außenstelle Roßlau, statt und nach dem Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau wurden die Gebäude nochmals mit viel Geld renoviert und erweitert. Die dort ansässigen Ämter passen funktional optimal zusammen. Es wird in hohem Maße die computergestützte Kommunikationstechnik des 21. Jahrhunderts genutzt. Es ist auch keine gute Idee, die evtl. neuen Wohnblöcke in der Dessauer Innenstadt teuer umzufunktionieren. Sinnvoller wäre die Schaffung von neuem Wohnraum, der eine ganzheitliche innerstädtische Belebung garantiert.

Frau Müller stellt den **Änderungsantrag**, dass seitens der Stadtverwaltung eine **Machbarkeitsstudie** zum Umzug des Technischen Rathauses Roßlau in die Innenstadt von Dessau erarbeitet und für die Dauer der Erstellung der Studie eine **befristete Stelle** geschaffen wird.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, legt seine Ablehnung zur Beschlussvorlage dar und stimmt für den Antrag des Ortschaftsrates Roßlau, dass seitens der Verwaltung eine Machbarkeitsstudie vorgelegt wird.

Der Stadtrat hat mit dem INSEK einen Beschluss zur Modernisierung und Zentralisierung der Verwaltung gefasst, der über Jahre nicht umgesetzt wurde, führt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage wird dieser Beschluss inhaltlich untersetzt. Bisher ist die finanzielle Aufgabe nicht definiert, was ergänzt werden muss.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkt an, dass der Unterschied zwischen einer Machbarkeitsstudie und einem detaillierten Umzugs- und Nachnutzungskonzept einzig und allein aus der Argumentation besteht, sich Zeit zu erkaufen. Deshalb ist der Hinweis von Herrn Schönemann richtig. Die weiteren zwei Jahre dürften ausreichen, um ein detailliertes Konzept zu erarbeiten. Dieses Konzept sollte auch eine entsprechende Finanzierung enthalten. Die Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, beantragt, den Punkt 1 der aktuellen Beschlussvorlage dahingehend **zu ergänzen**, dass im letzten Satz die **Finanzierung aufgenommen wird**.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck unterbreitet den Vorschlag, die von Herrn Adamek vorgebrachte Ergänzung als Protokollnotiz aufzunehmen, da die Aussage zur Darstellung der Finanzen schon Bestandteil des Umzugskonzeptes ist.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, bezieht sich auf den Redebeitrag von Herrn Schönemann zum INSEK, in dem zum Technischen Rathaus nur schöne Sätze zur Lösungsfindung stehen, was sich mit der vorliegenden Beschlussvorlage auch nicht ändert. Der von der Ortsbürgermeisterin, Frau Müller, eingebrachte Änderungsantrag zeigt, was die Ortschaftsräte einfordern. Sie wollen nicht irgendein Bürgeramt, sondern das, was ihnen laut Fusionsvertrag zusteht. Die Roßlauer haben erkannt, dass die Vorlage zum Umzug des Technischen Rathauses jeder nachvollziehbaren Begründung entbehrt. Zu Bedenken ist, dass die Roßlauer Ortschaftsräte die Vertreter der Bürger sind, die ihr Stadtrecht aufgeben, auch um den Dessauern die Kreisfreiheit und den oberzentralen Status zu erhalten. Er bittet um Zustimmung des von Frau Müller gestellten Antrages. Es können ebenso keine leestehenden Blöcke in der Dessauer Innenstadt teuer umgebaut werden und der schöne Verwaltungskomplex in Roßlau wird leergezogen.

Die von **Herrn Adamek, Fraktion CDU**, beantragte 5-minütige Auszeit wird nach der Abstimmung dazu (21:17:02) durchgeführt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, stellt nach der Abstimmung zwischen den Einreichern der Beschlussvorlage, der Ortsbürgermeisterin von Roßlau und dem Oberbürgermeister, den Antrag, im Punkt 1 nach entwickelt, „**inklusive einer Finanzierungs-betrachtung**“ einzufügen.

Frau Müller, Fraktion CDU und Ortsbürgermeisterin von Roßlau, erklärt auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, dass die ihrerseits gestellten Änderungsanträge abgestimmt werden sollen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bringt folgende **Änderungsanträge** zur Abstimmung:

Der bisherige Punkt 1 der Beschlussvorlage wird gestrichen und erhält folgende Formulierung:

„Der Stadtrat Dessau-Roßlau beauftragt die Verwaltung mit der zeitnahen Erarbeitung einer Studie zum Umzug des Technischen Rathauses vom ehemaligen Garnisonsgelände in Roßlau in die Innenstadt von Dessau unter folgenden Gesichtspunkten: 1. Klärung der Standortfrage unter Berücksichtigung mehrerer Alternativen, 2. Kosten-Nutzen-Analyse, 3. Erarbeitung eines Nachnutzungskonzeptes für die Immobilie des ehemaligen Garnisonsgeländes.“

Der **Änderungsantrag** wird mehrheitlich **abgelehnt** (10:25:05).

Der zweite Änderungsantrag bezieht sich auf den Punkt 3 der Beschlussvorlage und soll beinhalten, dass im 1. Quartal 2022 eine koordinierende, steuernde und befristete Stelle für den Prozess geschaffen werden soll.

Der **Änderungsantrag** wird mehrheitlich **abgelehnt** (10:26:04).

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, fasst zusammen, dass über die Beschlussvorlage „Zusammenführung der Stadtverwaltung in der Dessauer Innenstadt“ in der Endfassung mit den 3 genannten Punkten und mit der Ergänzung im Punkt 1 „inklusive einer Finanzierungs-betrachtung“ abgestimmt wird.

Beschluss:

1. Der Stadtrat Dessau-Roßlau beauftragt die Verwaltung mit der Vorlage eines Umzugskonzeptes für die derzeit im Technischen Rathaus Roßlau angesiedelten Verwaltungseinheiten in die Innenstadt Dessaus. Erste Schritte des Umzuges werden zeitnah angestrebt. Bis Ende 2023 soll für alle betroffenen Bereiche der Verwaltung ein detailliertes Umzugs- und Nachnutzungskonzept entwickelt werden, **inklusive einer finanziellen Betrachtung**.

2. Der Verwaltungsstandort Rathaus Roßlau ist auszubauen. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Vorlage eines Konzeptes zur Weiterentwicklung zum attraktiven, bürgernahen Verwaltungsstandort mit der Zielsetzung, den Einwohnern der Ortschaften Roßlau, Brambach, Meinsdorf, Mühlstedt und Streetz/Natho einen möglichst umfassenden Zugang zu allen Verwaltungsangelegenheiten an diesem Standort zu schaffen. Das ehemalige Stadthaus in der Großen Markstraße ist in Abstimmung mit dem Stadtteilentwicklungskonzept in die Entwicklung des Verwaltungsstandortes Rathaus Roßlau einzubeziehen.

3. Es soll im 1. Quartal 2022 eine koordinierende, steuernde und unbefristete Stelle für den Prozess der Zusammenführung der Stadtverwaltung in der Dessauer Innenstadt und der Schaffung eines bürgernahen Verwaltungsstandortes im Roßlauer Rathaus geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis: 32:06:02

7.9 Einrichtung eines qualifizierten Bürgeramtes im Roßlauer Rathaus gemäß § 8, Abschnitt (4) des Fusionsvertrages Vorlage: FV/001/2022/FrFr

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage, damit die Roßlauer nicht irgendein Bürgeramt bekommen, sondern das qualifizierte Bürgeramt im Roßlauer Rathaus gemäß § 8 des Fusionsvertrages mit allen vereinbarten Bestandteilen.

Wenn ein Beschluss eingebracht wird, geht das nur entsprechend den Gesetzen und Vorschriften, merkt **Herr Tschammer, Fraktion SPD,** an. Der Fusionsvertrag ist nicht geltendes Recht, da das Landesverwaltungsamt von Anfang an die Nichtigkeit festgestellt hat.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Unbestritten ist, dass das Rathaus Roßlau weiterhin allen Bürgerbelangen dienlich sein soll, legt **Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** dar. Mit der gerade beschlossenen Vorlage wird dem aktuellen Bedarf genüge getan.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, und **Herr Fricke, Fraktion SPD,** erklären, dass sich die Abstimmung zur Vorlage aufgrund der vorangegangenen Beschlussfassung erübrigt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf,** ruft zur Abstimmung des Antrages auf namentliche Abstimmung auf und zitiert auf Grund des Einspruches von Herrn Mrosek, Fraktion AfD, den § 11 der Geschäftsordnung, der eine Abstimmung zum Antrag auf namentliche Abstimmung vorsieht.

Der **Antrag auf namentliche Abstimmung** wird **abgelehnt** (08:28:04).

Die Beschlussvorlage wird **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 08:28:04

7.10 Unterstützung des Christopher Street Day in Dessau-Roßlau Vorlage: FV/004/2022/BÜRGER

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erläutert die Beschlussvorlage und führt aus, dass der Christopher Street Day (CSD) eine Demonstration und eine Feier für Gleichstellung, Akzeptanz, Toleranz und gegen Diskriminierung ist. Mit der Unterstützung des CSD zeigt sich die Stadt Dessau-Roßlau als eine tolerante und vielfältige Stadt. Er bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage, um deutlich zu zeigen, dass unsere Stadt weltoffen und in der Mehrheit tolerant ist.

Herr Brozowski, Fraktion Die Linke, verweist darauf, dass der CSD in vielen Städten gefeiert wird und auch für unsere Stadt ein würdiges Fest ist, das von der Bevölkerung unterstützt wird.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, geht auf die Finanzierung ein und bemerkt, dass andere traditionelle Feste größere Schwierigkeiten haben, an Finanzen zu kommen.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führt aus, dass die Durchführung des CSD ein längst überflüssiger Gedenktag ist, der seinen regelmäßigen Platz hier haben muss, solange noch Vorurteile der Akzeptanz gegenüberstehen. Für das Entstehen von Menschenrechten sollten 2.000 Euro kein Hindernis darstellen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, erklärt, dass die Ablehnung der Beschlussvorlage seitens der Fraktion keine Diskriminierung darstellt. In der Partei gibt es auch eine Vereinigung von Schwulen und Lesben mit den gleichen Rechten und Pflichten, ohne dass sie diskriminiert werden. Wie von Herrn Adamek ausgeführt, sehen auch sie die Finanzierung von 2.000 Euro nicht gerechtfertigt, da Sportvereine um 50 Euro oder 100 Euro betteln müssen, um existieren zu können.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erläutert, dass nicht über das Stattfinden des CSD entschieden wird. Diese Veranstaltung wird angemeldet und das Ordnungsamt hat darüber zu befinden. Mit der Durchführung des CSD wird ein Zeichen gesetzt und stellt keinen Vergleich mit dem Leopoldfest dar, wo eine Deckungslücke bis zu 60.000 Euro zur Debatte steht.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, geht auf den Beitrag von Herrn Mrosek ein und stellt richtig, dass es in der Stadt eine Sportförderungsrichtlinie gibt, nach der Sportvereine Geld beantragen können. Deshalb entsprechen die Ausführungen nicht den Tatsachen.

Herr Stein, Fraktion AfD, verweist auf die unnötige Diskussion zum CSD. In Deutschland kann jeder Mann und jede Frau, ob lesbisch oder schwul, nach seinen Begehrlichkeiten leben, handeln und sich frei bewegen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, wendet sich an die auf der Tribüne befindlichen Gäste und erklärt, dass keine Meinungsäußerungen während der Sitzung gemäß der Geschäftsordnung vorgesehen sind.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, gibt bekannt, dass er 100,00 Euro für dieses ernstzunehmende Anliegen spendet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet darum, im 4. Absatz der Begründung nach aktiv und konstruktiv zu unterstützen, „**im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit**“ **einzu**fügen.

Dieser Vorschlag wird seitens des Einreichers **übernommen**.

Beschluss:

1. Der Stadtrat Dessau-Roßlau begrüßt die Durchführung des Christopher Street Day 2022 in unserer Stadt.
2. Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung auf, die VeranstalterInnen bei der Organisation und Durchführung des Umzuges und der begleitenden Veranstaltungen zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: 27:05:08

7.11 Ehrenamtskarte **Vorlage: FV/005/2022/BÜRGER**

Die ehrenamtliche Tätigkeit ist eine wichtige Stütze der Gesellschaft, legt **Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, dar.

Deshalb hatte sich die CDU-Fraktion für die Einführung der Ehrenamtskarte stark gemacht und damit begonnen, ein Zeichen für die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements zu entwickeln. Die Umsetzung der Ehrenamtskarte ist jedoch unzureichend. Die Hürden sind zu hoch und der Nutzen zu gering.

Außerdem wissen viele nicht, dass es die Ehrenamtskarte gibt, was mit der vorliegenden Beschlussvorlage geändert und eine Weiterentwicklung angeschoben werden soll. So soll die Beantragung bereits nach 6 Monaten ehrenamtlicher Tätigkeit möglich sein. Mit einem entsprechenden Nachweis soll die Nutzung der DVG zum ehrenamtlichen Einsatzort und zurück kostenlos erfolgen. Den ehrenamtlich Tätigen sollte auch die kostenlose Nutzung von stadteigenen Freizeiteinrichtungen ermöglicht werden. Wünschenswert sind auch interessante Angebote für Jugendliche. Nebenbei kann die Stadt die Ehrenamtskarte auch bewerben, Flyer, Antragsformulare erstellen und diese dort auslegen, wo viele Ehrenamtliche tätig sind.

Das Ehrenamt neu und qualifiziert auszurichten, steht nach einer Beschlussfassung noch aus, bemerkt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Eine Ehrenamtsstelle, die Vereine begleitet, steht in Rede. Mit Verweis auf den bestehenden Arbeitskreis „Engagierte Stadt“ stellt er den **Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussfassung zur Vorlage zu vertragen und in Abstimmung mit dem Facharbeitskreis zu qualifizieren**. Anschließend sollte eine Beratung im Ausschuss für Finanzen, dem entsprechenden Fachausschuss sowie im Haupt- und Personalausschuss stattfinden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, macht deutlich, dass die Ehrenamtskarte den Stadthaushalt finanziell nicht tangiert, außer die Druckkosten für die Karte und für den Flyer, die jedoch sehr minimal sind, so dass eine Besprechung in den Ausschüssen nicht notwendig ist. Theoretisch stellt die Ehrenamtskarte eine Kooperation zwischen freier Wirtschaft und dem Ehrenamt in unserer Stadt dar. Die städtischen Eigenbetriebe, wie der Tierpark, die Schwimmhalle und der ÖPNV müssen mit integriert werden. Die jetzt in der Beschlussvorlage stehenden Punkte waren mit der damals eingereichten Beschlussvorlage auch betrachtet worden. Im Haupt- und Personalausschuss wurde aus der Beschlussvorlage ein Prüfauftrag gemacht. Die Ehrenamtskarte auf den Weg zu bringen, hat ein halbes Jahr gedauert, deshalb hätte er sich darüber gefreut, wenn diesbezüglich jemand auf ihn zugekommen wäre.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, freut und wundert sich zugleich über diesen Antrag. Er hat damals die Einreichung für die Ehrenamtsstrategie begründet. Ein Baustein dieser Strategie ist u. a. das Thema Würdigungskultur, also auch das Thema Ehrenamtskarte. Das Gremium, welches die Arbeitsbereiche definiert hat und an der Umsetzung dieser Dinge arbeitet, wird mit diesem Beschluss überholt und die Arbeit anderer Leute ignoriert. Es stellt sich die Frage, warum diejenigen, die Ideen haben, nicht mit denen, die schon daran arbeiten, in Kontakt treten. Ebenso wie Herr Adamek kritisiert er die fehlende Kontaktaufnahme.

Das Vorliegende ist ein Prüfauftrag für ein paar Maßnahmen und schadet der Arbeitsgruppe nicht, führt **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, aus.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt fest, dass dieser Prüfauftrag in die Arbeitsgruppe „Ehrenamtskarte“ gegeben wird, die dann eine Prüfung vornimmt.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, verweist darauf, dass Herr Geiger bei manchen dieser Gespräche dabei war und die Arbeitsgruppe und die Bewegungsrichtung kennt.

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, führt aus, dass er die Beschlussvorlage als Unterstützung für die Steuerungsgruppe sieht und nicht als ein Überholen.

Herr Kellner, Fraktion CDU, führt aus, dass in einem ihm übergebenen Brief mit der Verlängerung seiner Ehrenamtskarte eine Partnerliste beigelegt ist, in der das Kurt-Weill-Fest 2021 angeboten wird. Er bittet darum, diesen Schreibfehler zu korrigieren.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verweist auf die **Abstimmung über einen Prüfauftrag**. Deshalb lautet der **Titel der Beschlussvorlage**: „**Prüfauftrag zur weiteren Umsetzung der Ehrenamtskarte**.“

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, zieht seinen gestellten **Geschäftsordnungsantrag zurück**.

Im Anschluss wird in der Zeit von 19:20 Uhr bis 19:35 Uhr eine Pause durchgeführt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Hürden für die Beantragung der Ehrenamtskarte zu senken und die Karte durch Leistungen der Stadt für Ehrenamtliche attraktiver zu machen.

Dazu sind folgende Änderungen zu prüfen und künftig ggf. anzuwenden:

3. Beantragung bereits nach sechs Monaten Ehrenamt möglich
4. bei entsprechendem Nachweis ist die Nutzung der DVG zum ehrenamtlichen Einsatz und zurück kostenlos möglich
5. Gutscheine zur Nutzung stadteigener Freizeitmöglichkeiten, wie z.B. Schwimmbad oder Tierpark, etc.
6. aktives Bewerben der Ehrenamtskarte durch die Stadt Dessau-Roßlau bei den Ehrenamtlichen
7. Suchen neuer Sponsoren, um die Ehrenamtskarte mit weiteren Angeboten auch für Jugendliche interessant zu machen

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.12 Parkkarten zum ermäßigten Preis für ambulante Pflegedienste Vorlage: FV/003/2022/Linke

Der Anlass für die Einbringung der Beschlussvorlage ist der Fakt, dass Pflegeeinrichtungen keine Anträge auf Ausnahmegenehmigungen für das Parken ambulanter Pflegedienste stellen, weil die Gebühren in Höhe von 175,00 Euro für das erste Fahrzeug und 85,00 Euro für weitere Fahrzeuge zu hoch sind, erläutert **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**.

Damit sind Einnahmen der Stadt nicht zu verzeichnen. In einer Beratung mit dem Amt für Ordnung, Bürgerdienste und Wahlen wurde ausführlich über das Anliegen gesprochen. Argumente wurden ausgetauscht, ohne eine gemeinsame Lösung zu finden. Die Fraktion vertritt den Standpunkt, dass der soziale Aspekt eine größere Rolle spielt als der finanzielle. In der gegenwärtigen Situation leisten Pflegekräfte eine besondere, außerordentliche und anerkennungswürdige Arbeit. Mit dem Antrag soll ein kleiner Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des harten Jobs der Pflegekräfte geschaffen werden. In den gegenwärtigen Tagen wird der Begriff Solidarität groß geschrieben. Da das Anliegen im übertragenen Wirkungskreis liegt und somit nicht in den Zuständigkeitsbereich des Stadtrates fällt, stellt er folgenden **Änderungsantrag**: „Der Beschluss wird zu einem Prüfauftrag ausgeschrieben. Dem Oberbürgermeister, Herrn Dr. Reck, bzw. der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau wird der Prüfauftrag erteilt, Vorschläge zu unterbreiten, um Gebühren für die Ausnahmegenehmigung zum Parken von Personenkraftwagen von Pflegeeinrichtungen so zu senken, damit Pflegeeinrichtungen in die Lage versetzt werden, Anträge in einem finanziell einvernehmlichen Kostenrahmen zu stellen.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, erklärt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, die **Annahme des Prüfauftrages**.

Damit entfällt eine weitere Behandlung der Beschlussvorlage, stellt **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, fest.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und **Nichtöffentlichkeit hergestellt**.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 20:24 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 28.04.22

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer